

2

3 **Hochschulpakt**

4

5 „Die Junge Union Schleswig-Holstein spricht sich für die vollständige Schaffung der 10.000
6 Studienplätze, die im Hochschulpakt vereinbart worden sind, in Schleswig-Holstein aus. Dabei sollen
7 in erster Linie Studienplätze in naturwissenschaftlichen, ingenieurwissen-schaftlichen und
8 wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen geschaffen werden.“

9

10

11 **Begründung:**

12 Die Pläne von Teilen der Landesregierung Studienplätze des Hochschulpaktes an Niedersachsen
13 abzugeben gefährdet die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein. Die
14 Ausbildung von Hochschulabsolventen und der weitere Ausbau von Hochschulen hat große
15 Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der Wirtschaft im nördlichsten Bundesland. Es ist bereits
16 heute abzusehen, dass in den nächsten Jahren auf Grund der demographischen Entwicklung ein
17 akuter Fachkräftemangel einsetzen wird. Weiter führt die zunehmende Globalisierung und
18 Komplexität der Wirtschaft zu einem proportional höheren Bedarf an Hochschulabsolventen. Diese
19 Entwicklung betrifft immer mehr auch kleinere und mittelständische Unternehmen. Schleswig-
20 Holstein täte gut daran für die kommenden Jahre insbesondere in wirtschaftsnahen Studiengängen
21 weitere Kapazitäten auszubauen.

22 Darüber hinaus ist eine Reduzierung der vereinbarten zu schaffenden Studienplätze auch ein
23 negatives Signal für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein. Bereits durch die Diskussion um
24 den Universitätsstandort Lübeck ist viel Vertrauen gegenüber den Entscheidungsträgern für
25 Wissenschaft auf Bundesebene verspielt worden. Eine Landesregierung, die den Anspruch hat, dass
26 schleswig-holsteinische Universitäten sich auch um Fördermittel für Eliteuniversitäten erfolgreich
27 bewerben können, muss sich als Partner der wissenschaftlichen Einrichtungen positionieren. Die
28 aktuelle Diskussion ist dabei wenig förderlich.